

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

| | |
|-------------------------|--|
| Datum | 28. November 2024 |
| Zeit | 19:30 Uhr bis 22:30 Uhr |
| Ort | Aula Bleicherain Primarschule Angelrain, Lenzburg |
| Vorsitz | Beat Hiller, Einwohnerratspräsident |
| Anwesende | 36 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats |
| Entschuldigte | Regula Züger Chantal Toker Dominique Guindo Beate Ninow |
| Protokollführung | Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin |

Traktanden

1. Mitteilungen
2. (24/125) Parkierungsreglement I; Gesamtrevision im Zusammenhang mit der neuen BNO; Genehmigung
3. (24/126) Reglement zum Mobilitätskonzept; Genehmigung im Zusammenhang mit der neuen BNO
4. (24/127) Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen (Mehrwertabgabereglement); Genehmigung im Zusammenhang mit der neuen BNO
5. (24/129) Reglement über die Benützung des öffentlichen Grunds und deren Gebühren; Genehmigung
6. (24/128) Postulat; SP, Grüne, Die Mitte, EVP und GLP; «Ein Kronenplatz für alle»; Bericht und Antrag des Stadtrats
7. Masterplan Schulraumplanung Lenzburg; Information durch den Stadtrat über den aktuellen Stand

Verhandlungen:

1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich begrüße euch alle ganz herzlich zur letzten Einwohnerrats-sitzung im Jahr 2024, alle Anwesenden der beiden Räte und den einen Besucher. Das Protokoll der Sitzung vom 31. Oktober 2024 wurde am 20. November online gestellt. Die Beschlüsse der letzten Sitzung, welche dem Referendum unterliegen werden am 9. Dezember in Rechtskraft erwachsen. Wir haben heute Abend einen Neueingang, eine schriftliche Anfrage von Corin Ballhaus zum Stand Ausbau Widmi und Sanierung von umgebenen Strassen. Folgende Personen sind entschuldigt: Regula Züger, Chantal Toker, Dominique Guindo und Beate Ninow. Auskunftspersonen sind heute Abend der gesamte Stadtrat, Alessandro Savioni, Leiter Abteilung Stadtplanung und Hochbau, Linda Kleider, Abteilungsleiterin Immobilien. Wie ihr gesehen habt, hat jede und jeder von euch ein Neu-jahrsblatt erhalten, diese wurden gestern Abend im Burghaldenhaus vorgestellt. Das war ein schöner Anlass mit vielen Leuten.

Wir haben heute Abend einen Rücktritt aus der GPFK. Daniel Blaser tritt zurück und wird ein paar Worte an euch richten. Er wird ebenfalls seine Nachfolge vorschlagen, welche wir dann in stiller Wahl wählen dürfen.

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzter Präsident, geschätzte Mitglieder von beiden Räten, liebe Anwe-sende, ich muss heute leider meinen Rücktritt aus der GPFK per Ende Jahr bekanntgeben. Ich habe in den letzten rund sieben Jahren versucht in den Monaten März, April und Mai alles unter einen Hut zu bringen. Nun muss ich aus organisatorischen Gründen aber doch einsehen, es geht nicht mehr. Ich habe in diesem Gremium sehr viel Spannendes lernen dürfen und viele Erfahrungen sammeln können. Die Zusammenarbeit unter den Mitgliedern habe ich sehr geschätzt. Auch die Diskussionen, welche teilweise sehr intensiv waren, aber zum Schluss immer zu einem Konsens führten. Ich bedanke mich recht herzlich bei allen Räten, welche mir das Vertrauen geschenkt haben. Als meine Nachfolgerin würde ich gerne Christina Bachmann-Roth vorschlagen. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank auch dir Daniel für den geleisteten Einsatz zu Gunsten der GPFK. Wir kommen somit zur Abstimmung. Diese erfolgt still. Ich bitte euch den erhaltenen Wahlzettel auszufüllen. Die Stimmzähler bitte ich die Zettel einzuziehen und das Ergebnis zu er-mitteln.

Wir kommen zum ersten ordentlichen Geschäft.

2 (24/125) Parkierungsreglement I; Gesamtrevision im Zusammenhang mit der neuen BNO; Genehmigung

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzter Präsident, liebe Mitglieder der verschiedenen Räte, geschätzte Presse. Zu diesem Parkierungsreglement gab es in der GPFK nicht viel zu diskutieren. Es waren sich alle einig, dass die Erstellungskosten der Parkfelder in der Altstadt und Ring Zone in den letzten 17 Jahren beachtlich gestiegen ist. Deshalb ist die Anpassung von CHF 7'500 auf CHF 9'000 angemessen. Mit diesem Reglement werden auch die Paragraphen 2 und 4 der kantonalen Bauverordnung aus 2011 welche seit da nicht mehr anwendbar sind bereinigt. Wir wollten in der GPFK noch genauer wissen, wann die Formulierung im Paragraf 10 «Der Stadtrat kann ab einer Grösse von zehn Park-

feldern ein Betreiberreglement für die Parkierungsanlage verlangen», konkret zur Anwendung kommt. Der Stadtrat hat uns erklärt, dass diese «kann Formulierung» bereits in der neuen BNO verankert ist und dem Parkierungsreglement übergeordnet ist. Die GPFK steht einstimmig hinter dem Parkierungsreglement I und empfiehlt dem Einwohnerrat das Reglement anzunehmen. Auch Die Mitte/EVP Fraktion ist einstimmig für das Reglement. Danke.

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten lieber Michael, liebe Gäste, das Parkierungsreglement I hat bei uns ebenfalls zu keinen grösseren Diskussionen geführt. Es wird kürzer haben wir gehört, weil die Berechnung der Parkfelder seit 2011 in der kantonalen Bauverordnung geregelt ist. Nachvollziehen können wir auch, dass die Ersatzabgaben in der Altstadt, in der Ringzone und weiteren Schutzzonen sowie in den übrigen Gebieten erhöht werden. Auch, dass jetzt die Ersatzabgabe in den genannten Gebieten höher ist als diejenige der übrigen Gebiete erscheint uns logisch. Der Parkierungsfonds wird deswegen aber nicht überquellen. In den letzten sieben Jahren kam diese Ersatzabgabe gerade mal bei drei Bauprojekten zum Tragen. Ins Auge stach uns der Paragraph 12 der besagt, dass das revidierte Reglement nicht nur bei Baugesuchen zur Anwendung kommt, welche ab dem Inkrafttreten der neuen BNO eingereicht werden, wann auch immer das sein wird. Das Reglement wird auch für Baugesuche angewendet, welche zu diesem Zeitpunkt hängig sind. Der Abteilungsleiter Stadtplanung und Hochbau hat eingeräumt, dass die Bestimmung bei Baugesuchen, welche schon länger als die zwei Jahre hängig sind, zu Konflikten führen könnte. Hoffen wir, dass mit diesem Zusatz nicht unnötig Juristenfutter geschaffen wird. Die SVP-Fraktion wird dem revidierten Reglement einstimmig zustimmen.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident und geschätzte Anwesende, ich werde nicht wiederholen was schon gesagt wurde. Dieses Parkierungsreglement wurde uns auch als Entwurf zu der BNO im letzten Jahr vorgelegt. Wir von der SP und den Grünen begrüßen das Reglement. Es ist ein richtiger und wichtiger Schritt zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur. Es schafft klare Regelungen zur Berechnung und Sicherstellung der Parkfelder. Die Möglichkeit zur Rückerstattung geleisteter Ersatzabgaben, wenn die Pflicht zur Erstellung von Parkfeldern nachträglich entfällt, schafft Planungssicherheit für die Grundstückseigentümer und fördert eine flexible Handhabung. Die SP-Fraktion und die Grünen stimmen dieser Vorlage zu.

Abstimmung

Dem Parkierungsreglement I wird einstimmig zugestimmt.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Kommen wir zum Resultat der Ersatzwahl:

Ausgeteilte Wahlzettel: 36

Eingegangene Wahlzettel: 36

Absolutes Mehr: 18

Stimmen haben erhalten:

Christina Bachmann-Roth: 31 Stimmen

Cécile Kohler: 2 Stimmen

vereinzelt gültige 1

Gewählt ist: Christina Bachmann-Roth

Herzliche Gratulation. Wir kommen zum nächsten Traktandum. Sprecher der GPFK ist Francis.

3 (24/126) Reglement zum Mobilitätskonzept: Genehmigung im Zusammenhang mit der neuen BNO

Francis Kuhlen (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen beider Räte, liebe Zuschauer, liebe Vertreter und Sachverständige, liebe Presse. Die neue BNO, welche wir am 2. Dezember des letzten Jahrs angenommen haben, sieht in Paragraph 66 Abs. 3 die Möglichkeit eines Mobilitätskonzepts vor. Die BNO verweist gleichzeitig auf ein entsprechendes Reglement mit den Ausführungsbestimmungen für das Mobilitätskonzept, das im Entwurf jetzt vorliegt. Die Steuerung der Parkierungsmöglichkeiten ist ein wichtiges Element zur Steuerung der Verkehrsentwicklung in der Stadt. Gleichzeitig ist das Erstellen der notwendigen Parkfelder für eine Bauherrschaft ein nicht vernachlässigbares Kostenelement bei einem Bauprojekt. Mit dem Mobilitätskonzept bekommt der Stadtrat ein Instrument für die mögliche Steuerung des Individualverkehrs. Die Bauherrschaft bekommt eine Flexibilität in der Ausgestaltung der Parkierungsmöglichkeiten bei einem Bauprojekt. So betrachtet bietet das Mobilitätskonzept Vorteile für Stadt und Bauherrschaft. Mit dem Mobilitätskonzept stehen nun drei Arten der Nutzung zur Verfügung:

- Die bis heute gültige und angewandte Nutzung nach VSS-Norm 40 281
- Eine autoarme Nutzung
- Eine Motofahrzeugfreie Nutzung. Das Reglement umfasst eine Wirkungskontrolle und eine Beschreibung der sogenannten Rückfallebene. Die Wirkungskontrolle hat in der GPFK eine kurze Diskussion ausgelöst, weil hier die Schaffung von zusätzlicher Bürokratie befürchtet wird. Leider kann eine mit Auflagen belegte Flexibilität zu Missbrauch führen und muss darum kontrolliert werden. Nachdem es nicht zu erwarten ist, dass demnächst die Stadt Lenzburg mit Mobilitätskonzepten überflutet wird, kann dieser Aufwand sicher in vernünftigen Grenzen gehalten werden. Eine Diskussion gab es auch zur Festlegung von 50 Parkfeldern und 50 Arbeitsplätzen. Nach Reglements Entwurf kann der Stadtrat ein Mobilitätskonzept einfordern. Dazu ist folgendes zu sagen: Mit Mobilitätskonzepten gibt es noch wenig Erfahrung. Darum ist das «kann» in dieser Formulierung wichtig. Das gibt der Stadt die Flexibilität die Grenze aufgrund von künftigen Erfahrungen anzupassen. Der Stadtrat erwartet, dass alle 5 Jahre ein grösseres Projekt mit Mobilitätskonzept zu beurteilen sein wird. Mobilitätskonzepte sind etwas Neues. Grössere Städte haben es eingeführt. Erfahrung gibt es noch keine oder nur wenig. Auch das wurde in der GPFK thematisiert. Ausgelöst wurde die Diskussion mit dem Argument es sei für eine Stadt in der Grösse von Lenzburg zu früh, um ein Mobilitätskonzept einzuführen. Die Mehrheit der GPFK ist sich bewusst, dass Lenzburg hier mehr oder weniger Neuland betritt. Sie vertritt aber die Meinung, dass es im Interesse von Lenzburg liegt, hier möglichst frühzeitig Erfahrungen zu sammeln. Vor allem komplettiert das Reglement zum Mobilitätskonzept in sinnvoller Weise unsere BNO. Die GPFK empfiehlt mit 6 Stimmen zu 1 den Antrag des Stadtrats zu diesem Reglement zur Annahme.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, werter Gast. Francis hat das bereits gut ausgeführt, viel mehr muss man dazu nicht mehr sagen. Wir haben mit der BNO ein wenig vor-

gespurt. Mich hat die Diskussion in der GPFK ein wenig erstaunt, dass man jetzt dagegen vorgehen möchte. Aus Sicht der SP und den Grünen ist dieses Konzept sinnvoll, gerade weil man im Grundsatz kann, aber nicht muss. Das heisst, dieses Mobilitätskonzept ermöglicht der Bauherrschaft neue und interessante Möglichkeiten, wenn sie will. Die Unsicherheiten haben bei uns auch zu Diskussionen geführt. Man weiss nicht wie viele solche Mobilitätskonzepte kommen werden und man weiss nicht, wie gross der Aufwand der Überprüfung sein wird. Da muss man erst Erfahrungen sammeln. Das macht man unserer Ansicht nach aber besser mit einem klaren Reglement und klaren Regeln. Das nennt sich Rechtssicherheit. Eine Rückweisung oder Ablehnung könnten wir von der SP daher nicht verstehen. Gewisse Unsicherheiten teilen wir aber. Nur schon wie viele solcher Mobilitätskonzepte dann kommen werden. Es ist klar, beim Thema Mobilität wird sich mittel- und langfristig sehr viel tun. Vielleicht habt ihr es gelesen, die SBB will bereits 2025 ein Projekt starten, bei dem selbst fahrende Fahrzeuge Passagiere zu Bahnhöfen und Umsteigepunkten bringen soll. Das heisst es gibt spannende Möglichkeiten, welche aus unserer Sicht auch bei kleineren Überbauungen Sinn machen können.

Mit dem Reglement ist Lenzburg aber für diese Mobilitätszukunft gut aufgestellt und weitere Erfahrungen können gesammelt werden. Diese können dann auch in Überarbeitungen des Reglements einfließen. Wir sagen deshalb klar Ja zu diesem Mobilitätskonzept. An dieser Stelle bedanke ich mich auch für die vier Vorlagen, welche wir zum Reglement vorgelegt bekommen haben. Das habe ich auch in der GPFK erwähnt, es war vorbildlich, wie die wichtigsten Punkte aus dem Reglement mit den Erläuterungen dazu direkt in einem Dokument drin sind. Vielen Dank an den Stadtrat und die Verwaltung. Die SP wird dem Konzept einstimmig zustimmen.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident liebe Damen und Herren im Saal. Nach dem Lesen der Vorlage kam in unserer Fraktion die Frage auf, was wir denn vorher hatten. Francis hat es erwähnt wir hatten nichts. Dieses Mobilitätskonzept ist etwas Neues. In der Vergangenheit wurde jedoch in Lenzburg auch gebaut und es hat auch ohne ein solches Konzept funktioniert. Wir finden es absolut richtig, dass man den Aspekt Verkehr und Parkmöglichkeiten bei einem Bau anschaut. Wir werden sehen wie viel Verkehr generiert wird, wenn der Ausbau des Artoz Areals losgeht. Aber wenn man die Areale im Lenz oder Widmi anschaut, dann konnte da auch gebaut werden ohne Mobilitätsreglement. Als wir die BNO angenommen haben, haben wir festgestellt, die Bürokratie hat auch zugenommen. Dieses Reglement ist der beste Beweis dafür, wie immer mehr reglementiert wird. Nur weil die Stadt Zürich einen Leitfaden für Mobilität hat, müssen wir das noch lange nicht auch haben. Ich distanziere mich sehr von Zürich und seiner Verkehrspolitik. Es wird im Paragraph 43 schön beschrieben, man kann ein Reglement machen, muss aber nicht. Die im Paragraph 6 des vorliegenden Reglements aufgeführte Wirkungskontrolle geht uns viel zu weit. Die Rede ist von einer jährlichen unaufgeforderten Kontrolle. Erst nach fünf Jahren kann der Stadtrat dann den Kontrollrhythmus reduzieren, er kann muss aber nicht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, schaut bitte auch ein bisschen nach vorne. All diese Kontrollberichte, welche erstellt werden, müssen dann bei der Bauverwaltung wieder gelesen und vermutlich kontrolliert werden. Sie werden ausgewertet und es gibt dann einen Bericht zum Bericht. So beschäftigt sich die Verwaltung gleich selbst. Oder wenn sie überlastet ist, wird das Ganze dann vermutlich ausgelagert und wir müssen es ebenfalls bezahlen.

Unser Fazit deshalb, dem Punkt Verkehr sollte bei Bauvorhaben die nötige Beachtung geschenkt werden, das ist wichtig. Aber wir sehen es so, dass man dies weiterhin so handhaben kann wie es bisher der Fall war. Man sollte kein neues Reglement schaffen und die Bürokratie fördern.

Ganz grundsätzlich glaube ich, wir sind nicht die Einzigen die weniger Bürokratie wollen. Auf der Homepage der FDP Schweiz habe ich gelesen «Weniger Bürokratie und schlanker Staat». Da dachte ich zuerst wir sind wohl nicht die einzigen, welche das Reglement ablehnen. Aber nach dem Votum der FDP sieht das anders aus. Für uns ist das Reglement überflüssig und wir lehnen den stadträtlichen Antrag ab.

Cécile Kohler (Die Mitte): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Mitglieder von beiden Räten geschätzte Anwesende, wir von der Fraktion Mitte/EVP begrüßen das Mobilitätskonzept und sind der Meinung, dass es wichtige Punkte in Bezug auf die Mobilität aufnimmt. Wir finden es richtig, dass auch eine kleine Stadt wie Lenzburg sich mit der Mobilität gezielt auseinandersetzt. Aufgrund der stetigen Verdichtung müssen auch sinnvolle Lösungen in Bezug auf die Mobilität gefunden werden.

Gestört haben wir uns schon an diesen vielen «Kann»-Formulierungen. Es ist alles ein bisschen schwammig. Es kann stören aber durchaus auch seine Relevanz haben, weil man Erfahrungen machen will, wie man das ja auch schon gehört hat. Ohne ein Reglement wäre keine Handhabung und so die fehlende Rechtssicherheit. In der BNO haben wir das Mobilitätskonzept gutgeheissen und jetzt braucht es eben noch Ausführungen dazu, was damit gemeint ist.

Die EVP-Mittefraktion wird dem Reglement zustimmen und wir sind gespannt, wie hoch dann der Prüfaufwand werden wird und wie viele solche Mobilitätskonzepte überhaupt geprüft werden müssen.

Sigrid Schärer (Grüne): Liebe Anwesende, auch wir von den Grünen finden es wichtig, zukunftsorientiert zu denken und auch neue Wege zu gehen. Mit dem Mobilitätskonzept erhält die Stadt aber auch die Bauherrschaft mehr Optionen, das heisst, sie müssen nicht beispielsweise in der Widmi alles unterkellern. Die Bauherrschaft erhält die Möglichkeit Pflichtparkfelder zu minimieren und Synergien mit dem öffentlichen Verkehr oder Sharing-Angeboten zu nutzen. Wenn man Parkfelder minimieren oder Tiefgaragen kleiner halten kann gibt das einen wichtigen Beitrag für die Umwelt, weil dort der Boden minimal versiegelt werden muss. Wir von den Grünen finden das eine gute Idee mit diesem Reglement und dem Mobilitätskonzept. Es gibt der Stadt klare Strukturen.

Abstimmung

Das Reglement zum Mobilitätskonzept wird mit 29 Ja zu 7 Nein Stimmen angenommen.

4 (24/127) Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen (Mehrwertabgabereglement): Genehmigung im Zusammenhang mit der neuen BNO

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, werter Gast und werte Presse. Wir haben es mit einem neuen Reglement zu tun, denn in der alten BNO gab es noch keine Mehrwertabgabe. Die Höhe dieser Abgabe, die haben wir schon in der BNO auf 30 % festgelegt und diese kommt bei Ein- oder Umzonungen zum Zug. Von diesen werden wir in der nächsten Zukunft wahrscheinlich nicht so viele sehen, aber der zweite Teil des Reglements ist dafür umso wichtiger. Andere Planungsvorteile sollen nämlich ebenfalls monetär oder in anderer Form vertraglich ausgeglichen werden. Mögliche Verwendungszwecke sind da nicht abschliessend im Artikel 2 Absatz 3 des Reglements aufgelistet. Zu diskutieren gab in der GPFK vor allem das Controlling von diesen Mitteln aus dem Spezialfonds.

So können über die zeitgemäss internen Schätzungen bis zu CHF 3,6 Millionen in den Spezialfond fließen. Die Verwendung dieser Mittel erfolgt in der Budgetkompetenz des Stadtrats. Bei Testplanungen, welche teilweise aufgeführt sind, ergibt das meist einen Verpflichtungskredit zuhanden des Einwohnerrats. Das heisst, dort werden wir es sicher einmal im Rat zu Gesicht bekommen und wissen, was damit gemacht wird.

Wir haben aber auch festgestellt, dass die GPFK eigentlich im Zuge der Rechnungsprüfung schauen sollte, was dann wirklich genau mit diesen Mitteln angestellt wird. Beziehungsweise wie sie verwendet werden. Vor allem weil der Verwendungszweck sehr breit gefasst ist, gemäss dem Reglement. So könnten zum Beispiel preisgünstiger Wohnraum, Lärmschutzwände, Pärke, Testplanungen, aber auch Erschliessungen daraus finanziert werden und mit der Bemerkung in der Vorlage, dass die Aufzählung nicht abschliessend ist, wohl noch einiges mehr. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig das Reglement anzunehmen. Ebenso empfiehlt das die GLP. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Martin Killias (SP): Werter Herr Präsident, werter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Gedanke, dass planungsrechtliche Veränderungen ausgeglichen werden sollten, hat sich erst allmählich durchgesetzt.

Am Anfang stand das Bedürfnis, Enteignungen für öffentliche Werke (oder solche im öffentlichen Interesse) zu ermöglichen, und dafür den betroffenen Landeigentümern eine Entschädigung zukommen zu lassen. Dies regelt heute das Bundesgesetz über die Enteignung von 1930 (mit seitherigen Änderungen), aber schon kurz nach der Schaffung des Bundesstaats im Jahre 1848 erliess die Schweiz 1850 ein Vorgängergesetz über die Enteignungen, damals vor allem zur Erleichterung des Bahnbaus gedacht. Von dieser formellen Enteignung – heute vor allem beim Strassen- und Bahnbau noch relevant – zu unterscheiden ist die sogenannte materielle Enteignung. Hier bleibt jemand Eigentümer, aber die Verwendungsmöglichkeiten für sein Grundeigentum werden stark eingeschränkt, etwa durch die Zuweisung zu einer Freihaltezone. Das Bundesgericht hat in einer langen Rechtsprechung solche Tatbestände als entschädigungsbedürftig anerkannt. Sie greifen dann, wenn jemand eine ganz erhebliche Einschränkung etwa bei der Überbaubarkeit erfährt. Lange Zeit beruhte der Anspruch von Grundeigentümern in solchen Situationen allein auf Richterrecht. Heute – seit der Revision von 2012 – ist dieser Sachverhalt im RPG (in Art. 5 Abs. 1) generell geregelt. Es heisst dort: «Das kantonale Recht regelt einen angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile, die durch Planungen nach diesem Gesetz entstehen.» Das ist elegant gesagt: Es geht nicht nur um den Ausgleich von Nachteilen (etwa infolge von Bauverboten), sondern ebenso um den Ausgleich von Vorteilen, etwa wenn Land neu eingezont und erschlossen wird. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass Grundeigentümer nicht nur entschädigt werden, wenn ihnen Nachteile zugemutet werden, sondern auch einen Teil des «Gewinns» abliefern müssen, wenn sie durch Planungen Vorteile erlangen. Das RPG sagt in Art. 5 Abs. 1-bis auch, wann diese Vorteile «abzuliefern» sind, nämlich wenn das Land überbaut oder wenn es veräussert wird. Die Kantone haben das also umzusetzen. Der Kanton Aargau tat dies in den §§ 28a-28h BauG. In § 28a Abs. 2 BauG ist geregelt, dass die Gemeinden den Mindestsatz von 20 % auf 30 % erhöhen können. Weiter regelt § 28f Abs. 3, dass die Gemeinden (wie auch der Kanton) die Einnahmen aus solchen Erträgen «gemäss Bundesrecht» verwenden müssen. Dazu bestimmt wieder Art. 5 Abs. 1-ter RPG, dass der Ertrag für Massnahmen der Planung, namentlich auch zur Bezahlung von Entschädigungen für materielle Enteignungen zu verwenden ist.

Kurz: Entschädigungen für materielle Enteignungen (infolge von Planungsmassnahmen) und Abgaben für Mehrwert infolge von Planungen gehören zusammen. Der Rahmen für das kommunale Reglement ist damit eng abgesteckt, vor allem durch das Bundesrecht sowie § 28 Abs. 2 BauG. In § 2 des Entwurfs des Stadtrats sind die grundlegenden Sachverhalte geregelt, die eine Abgabe auslösen. Es sind dies vor allem Aufzonungen, aber auch Spezialzonen wie Gestaltungsplanzonen. In diesen Fällen sollen die Ansätze für Abgaben in den entsprechenden Verträgen mit den betroffenen Grundeigentümern geregelt werden, was sachgerecht erscheint. Dazu werden – beispielhaft, nicht abschliessend – einige Sachverhalte aufgezählt, die gefördert werden sollen. Die Verwendung schliesslich ist in §§ 3 und 4 geregelt. Auch hier hat das kantonale Recht weitgehend vorgespurt, in der Mehrwertabgabenverordnung von 2017. Insgesamt kann man sagen, dass die Gemeinden in diesem Bereich nur über eine eingeschränkte Autonomie verfügen. Der Entwurf, den uns der Stadtrat vorlegt, muss diesen Spielraum respektieren. Er tut dies sachgerecht, wo er überhaupt Ermessen üben kann, wie etwa bei der Ansetzung der Abgabe auf 30 %. Die Fraktion der SP und Grünen empfiehlt, dieser Verordnung zuzustimmen.

Daniel Frey (EVP): Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, werter Besucher und Presse. Auch wir von der Mitte-EVP Fraktion haben dieses Reglement durchgeackert. Wir haben eine gesetzliche Grundlage mit der BNO, die uns vorgibt ein solches Reglement vorzulegen. Die Abgaben werden, wie schon erwähnt, in einen Spezialfonds eingelegt und es ist klar definiert was damit gemacht werden kann. Ich finde das gut, da hat man ein bisschen andere Möglichkeiten. Wir von der Mitte-EVP Fraktion stimmen dem Reglement so wie es da steht einstimmig zu. Merci.

Abstimmung

Dem Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen (Mehrwertabgabereglement); Genehmigung im Zusammenhang mit der neuen BNO, wird einstimmig zugestimmt.

5 (24/129) Reglement über die Benützung des öffentlichen Grunds und deren Gebühren; Genehmigung

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Einwohnerratspräsident geschätzte Anwesende. Ich möchte vorwegnehmen, die GPFK hat dieser Vorlage einstimmig zugestimmt und folgende Aspekte aus dieser Vorlage kann man hervorheben. Das Reglement hat eine einfache Anwendbarkeit, klare Tarife und transparente Regelungen. Auch die Trennung des Reglements für Gebühren im Bauwesen ist sinnvoll und orientiert sich an Praktiken von den anderen Städten wie Aarau, Baden und Zofingen. Auch die Einführung von einer gebührenfreien Grundfläche von eineinhalb Metern ab der Fassade stärkt die Gewerbetreibenden und ermöglicht auch Flexibilität für Zusatz und Erweiterungsflächen. Das Ziel der Altstadtbelebung wird auch durch die Förderung der Gastrobetriebe und Verkaufsgeschäften klar mit dem Reglement unterstützt. Die Diskussion in der GPFK verlief aus meiner Sicht harmonisch. Das Reglement ist als kreatives Produkt betitelt worden. Es ist auch gesagt worden, dass es klar darauf zielt, dass unsere Altstadt belebt wird und auch gleichzeitig gewerbefreundliche Lösungen bietet. Natürlich wurde auch kritisch diskutiert über Gebührenhöhe und Verhältnismässigkeit, Stichwort Kosten für temporäre Veranstaltungen wie beispielsweise Zapfenstreich. Auch Unsicherheiten wurden angesprochen und die Auswirkung auf Vereine besonders in Bezug auf Artikel 1, Abs. 2 in dem steht, dass der Stadtrat nähere Bestimmungen erlässt zur Regelung der Märkte und zur Ausnahme der Bewilligungspflicht für Bagatellnutzungen wie beispielsweise Plakate oder kleine

Apéros. Diese Dinge sollen dann in der Verordnung geregelt werden. Dort soll auch der Unterschied zwischen kommerzieller und nicht kommerzieller Nutzung geregelt werden. Auch eine Einführung eines Reservationstools wurde diskutiert. Dies würde zu mehr Transparenz und Nutzerfreundlichkeit beitragen. Auch Gebühren für die Nutzung der Flächen bei Baustellen wurden diskutiert. Ist es jetzt günstiger das Material abzutransportieren oder vor Ort zu lagern, da appelliert man an die Eigenverantwortung des Bauherrn oder der Unternehmung. Die Wichtigkeit der Planungssicherheit für Betriebe wurde ebenfalls erwähnt. Wenn sie beispielsweise in Bestuhlung oder Aussengestaltung investieren, dass diese Flächen dann nicht plötzlich anders vergeben werden. Dies wird so weit wie möglich dann auch in der Verordnung geregelt und berücksichtigt. Es kam klar rüber, der Stadtrat möchte die Vielfalt der Nutzung von öffentlichem Grund fördern.

Wie gesagt, die GPFK fand es ein kreatives Reglement und ich möchte betonen, dass die schlanke Struktur überzeugt und Raum für Anpassungen zulässt. Wir empfehlen euch dieser Vorlage zuzustimmen.

Fabian Würmli (SP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Gast und werte Presse. Wir haben es gesehen, Überarbeitungsbedarf ist gegeben nach 25 Jahren. Wir finden es gut, dass man die Regelung neu macht und wir finden auch die Regelung für Verkaufsgeschäfte für die Nutzung von öffentlichem Grund eine gute und faire Lösung. Wir finden es sehr gut und praktisch, dass die 1,5 Meter direkt vor dem eigenen Geschäft gratis genutzt werden können. Es macht Sinn, dass man, wenn man mehr Fläche haben möchte etwas bezahlen muss und wir finden, wir sind preislich in einem guten Range. Es macht ebenfalls Sinn, dass das Nachbarsgeschäft die Fläche nutzen kann, wenn sie nicht genutzt wird und die Übereinkunft, welche da stattfinden muss, ist ebenfalls richtig. Die SP und die Grünen sind einstimmig dafür und wir finden es braucht keine Änderungsanträge. Danke.

Claudia Casanova (Die Mitte): Grüezi miteinander, sehr verehrter Stadtrat, liebe Presse, ich mache es ganz kurz. Ich möchte mich anschliessen. Wir von der Mitte EVP-Fraktion begrüssen das Reglement. Insbesondere möchten wir auch nochmals betonen, dass wir es begrüssen, dass Geschäfte und Restaurants 1,5 Meter vor dem Geschäft frei nutzen dürfen. Wir begrüssen auch sehr, dass weiterhin Stände von politischen, religiösen und anderen Organisationen ohne Einschränkungen genutzt werden dürfen. Wir empfehlen das Reglement zur Annahme.

Manuel Silva (SVP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Mitglieder beider Räte, geschätzte Anwesende. Ich finde das Reglement grundsätzlich gut. Mir fehlt aber etwas und darum stelle ich den Änderungsantrag, welchen ich euch im Vorfeld via Stadtschreiber habe zukommen lassen. Bevor ich mit dem Antrag beginnen will, bitte ich euch den politischen Hut zur Seite zu legen und einmal nicht für die Partei zu stimmen, sondern im Interesse der Lenzburgerinnen und Lenzburger. Meinen Änderungsantrag werde ich nicht als SVP'ler und auch nicht im Namen der SVP-Fraktion einreichen, sondern als Bürger von Lenzburg und im Interesse vieler Lenzburgerinnen und Lenzburger. Bei meinem Änderungsantrag handelt es sich um die Plakatierung auf dem Gemeindegebiet von Lenzburg und ausschliesslich nur um die Eidgenössischen, Kantonalen und Kommunalen Wahl- und Abstimmungsplakate. Kulturelle, Informations- oder Veranstaltungsplakate sind von diesem Änderungsantrag nicht betroffen und ausgeschlossen. Die Plakatierung bei Eidgenössischen, Kantonalen und Kommunalen Wahlen und Abstimmungen haben in der Vergangenheit ein Ausmass angenommen, welches meiner Meinung nach inakzeptabel, völlig übertrieben, unangemessen, irreführend, diskriminierend, deplatziert, belästigend, umweltverschmutzend, klimaschädigend, etc. etc. sind. Mit meiner Ansicht stehe ich zum Glück nicht allein da, denn viele Lenzburgerinnen und

Lenzburger teilen meine Ansicht und unterstützen mich in diesem Thema. In den letzten Wochen habe ich auf den sozialen Medien und auf diversen anderen Kanälen zu diesem Thema eine Umfrage durchgeführt. Das Resultat hat mich nicht überrascht und bestätigt, dass sehr viele Lenzburgerinnen und Lenzburger es satt haben und sich wünschen, dass die Plakatierung bei Eidgenössischen, Kantonalen und Kommunalen Wahlen und Abstimmungen zukünftig massiv eingeschränkt bis verboten werden sollte. Je nach Umfrage, Kanal und Textformulierung haben doch 75 % bis 81 % sich dafür ausgesprochen, dass im Gemeindegebiet von Lenzburg das Plakatieren von Eidgenössischen, Kantonalen und Kommunalen Wahlen massiv eingeschränkt bis verboten werden sollte. An den Umfragen haben über 200 Personen teilgenommen, davon waren es beinahe 150 Personen aus Lenzburg. Unter den Personen, die sich für eine Einschränkung oder ein Verbot ausgesprochen haben, waren sogar einige Personen aus dem Einwohnerrat Lenzburg, was mich persönlich sehr gefreut hat. Es haben sich auch verschiedene Personen bei mir persönlich gemeldet und mir erzählt, dass sie diese Plakate sehr störend finden. Geschätzte Mitglieder des Einwohnerrats, es würde viele Lenzburgerinnen und Lenzburger und mich persönlich sehr freuen, wenn Sie bei diesem Änderungsantrag nicht parteipolitisch entscheiden würden, sondern im Interesse aller Lenzburgerinnen und Lenzburger und als Volksvertreter den Änderungsantrag unterstützen und diesem zustimmen würden.

Marcel Strebel (FDP): Liebe Anwesende, Doel du zwingst uns fast, den Parteihut anzubehalten. Vorher haben wir aus euren Reihen einen Seitenhieb gehört wegen Regulierungen und Verboten und jetzt kommt aus derselben Ecke eine massive Regulierung. Vielleicht eine Vorbemerkung, ich störe mich auch extrem an der Wild-Plakatierung, die ärgert mich und ist nicht schön. Trotzdem glaube ich, die Plakatierung ist ein essenzieller Bestandteil unseres politischen Systems. Diverse Umfragen, und ich weiss Untersuchungen oder Umfragen das ist wie eine Abstimmung. Das Resultat wird immer durch den Ablauf und durch die Situierung oder durch die Fragestellung bestimmt. Aber diverse Umfragen vor den Grossratswahlen haben gezeigt, dass für ganz viele Parteien und für ganz viele Bevölkerungskreise die Plakate nach wie vor sehr wichtig sind. Es ist ein einfaches und günstiges Mittel, um Werbung zu machen. Ein Mittel, von welchem alle profitieren. Jetzt bin ich ganz böse, dass die Plakate angeschaut werden, haben die letzten Einwohnerratswahlen gezeigt. Ich bin fest überzeugt, dass ein Teil eures Verlusts den Plakaten geschuldet ist. Sie waren nicht schlaue Platzierer oder es waren keine schönen Plakate. Für mich ist das der Beweis, dass sie angeschaut werden. Ich glaube wir würden uns massiv beschneiden in unseren demokratischen Grundrechten, in unserem Denken und in unserem Wirken, wenn wir diesem Änderungsantrag zustimmen würden. Ich lade alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte ein, diesen vehement abzulehnen.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende, lieber Doel danke für den Änderungsantrag und danke vor allem auch dafür, dass du uns diesen vorgängig zugeschickt hast. So konnte man sich Gedanken machen, wenn man sich der Sache noch unsicher war. Für uns von der SP ist es allerdings klar. Ja, wir können verstehen, dass man sich an den Plakaten stört, deine Ausführungen und Zahlen sind aber schwierig einzuordnen. In deinem Schreiben sprichst du von rund 200 Personen, welche an deiner Umfrage teilgenommen haben, bei aktuell rund 11'209 Einwohnern in der Stadt Lenzburg finde ich das ein bisschen wenig. Ich möchte das aber nicht in Frage stellen, ich frage dann eher ob die online Umfragen dann doch nicht so gut funktionieren, wie man sich das wünscht. Wichtig ist aus meiner Sicht vor allem, welche Frage hast du genau gestellt. Bei diesem Thema geht es nämlich rasch um die Politikfinanzierung, Transparenz und welche Partei mit welchen Geldgebern welche Möglichkeiten hat. Darauf gehe ich aber nicht näher ein. Du hast in deinem

Votum auch darum gebeten, dass man nicht parteipolitisch beurteilen soll, sondern im Interesse der Lenzburgerinnen und Lenzburger. Genau das möchte ich gerne machen. Ich äussere mich im Sinne der direkten Demokratie, der Partizipation und im Sinne von unserem politischen System. Somit eben im Sinne aller Lenzburgerinnen und Lenzburger. Es geht in die gleiche Richtung wie das was Marcel vorher erwähnt hat. Ein wesentlicher Punkt des Systems ist nämlich, dass die Politik die Öffentlichkeit benötigt. Gestern Abend war die Vernissage der Lenzburger Neujahrsblätter. Das Thema ist Lenzburg politisch. Unter anderem haben vier Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte die Diskussion zum Thema Politikultur in Lenzburg führen dürfen. Da wurde von allen Seiten darauf hingewiesen, wie schwierig es ist die Bevölkerung vor allem für Lokale Politik zu interessieren. So wird es auch im nächsten Jahr eine Herausforderung werden mit gut gefüllten Einwohnerratslisten anzutreten. Eben, Politik braucht Öffentlichkeit. Am 16. Januar 2025 werden wir mit allen Parteien zum zweiten Mal den Anlass «Politisieren in Lenzburg» durchführen, um Interessierten die Politik vor Ort näher zu bringen und sie allenfalls für ein Engagement in einer Kommission oder im Einwohnerrat zu gewinnen. Wenn wir Lenzburgerinnen und Lenzburger für die lokale Politik gewinnen wollen, müssen sie mit Politik in Kontakt kommen. Dies passiert an verschiedenen Orten, auf der Strasse, online und das hat Marcel vorher erwähnt, ein wichtiges und kostengünstiges Mittel ist in der Öffentlichkeit mit Plakaten auf Wahlen und Abstimmungen aufmerksam zu machen. Ob es die grossen nationalen Themen, die weniger mobilisierenden kantonalen Themen oder auch die heiss umstrittenen kommunalen Themen sind, da kommt man in Kontakt mit der Politik und mit diesen Themen. Vielleicht interessiert man sich oder man informiert sich und vielleicht kommt man einem möglichen Engagement näher. Das wäre die Krönung. Aber schon eine anständigere Wahlbeteiligung wäre aus meiner Sicht wichtig. Deshalb nicht für die eine oder andere Partei gesprochen, aber für die direkte Demokratie und ein funktionierendes System und somit eben für alle Lenzburgerinnen und Lenzburger. Erhalten wir dieses Mittel, die Möglichkeit nicht nur stark eingeschränkt und mit unnötigem Mehraufwand für die Verwaltung. Das war jetzt teilweise ein wenig pathetisch mit der Einordnung des politischen Systems, es ist mir aber wirklich wichtig. Zum Schluss noch praktisch, am letzten Abstimmungssonntag war mustergültig zu sehen, wie die Plakate an Kandelaber oder Ständer innert kürzester Zeit meines Wissens komplett weggeräumt wurden. Die Politik hat an der Urne funktioniert und der schweizerische Drang für Ordnung und Sauberkeit ebenfalls. Aus diesem Grund gibt es aus unserer Sicht keine Notwendigkeit, hier eine Einschränkung vorzunehmen. Ich bitte euch daher im Namen der SP, diesen Antrag deutlich abzulehnen. Besten Dank.

Kristina Schärer (Grüne): Geschätzter Einwohnerratspräsident liebe Mitglieder aus beiden Räten geschätzte Anwesende. Ich will mich meinen beiden Vorrednern anschliessen. Schon als Kind bin ich auf dem Schulweg auf die Plakate aufmerksam geworden. Ich habe dann meine Eltern gefragt, wer das überhaupt ist und was das soll. Ich glaube es ist ein wichtiger Teil unserer Demokratie und es macht die Bevölkerung und auch die Kinder schon früh darauf aufmerksam, wie unser System funktioniert und dass man Leute wählen kann und dass man mitbestimmen kann. Doel ich bin froh, dass der Klima- und Umweltschutz dir in dieser Sitzung wichtiger geworden ist. Wir finden das auch wichtig, wir glauben aber, dass wir das in der Politik anders regeln könnten als mit weniger Plakaten. Noch etwas zur Toleranz. Ich glaube nicht, dass man toleranter bewertet wird, wenn man keine Plakate mehr hat, dieses Problem wäre nicht gelöst denke ich. Bei Onlinewerbung kommt man in einen Algorithmus und es wurde inzwischen gezeigt, dass man mehr radikalisiert wird und ich glaube nicht, dass das Problem so gelöst wäre. Ich denke sogar das Gegenteil wäre der Fall. Deshalb schliesse ich mich meinen Vorrednern an und bitte euch den Änderungsantrag abzulehnen.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lehnen sie diesen Antrag ab. Wenn man sich umschaute und mit offenen Augen durch die Welt geht sieht man viel Werbung. Ob von Handelsgewerbe, Gastro oder Tourismus. Ob in Zeitungen oder in den Sozialen Medien, es gibt noch immer Werbung. Das heisst eigentlich, dass Werbung sehr wohl etwas nützt. Ich bin nicht der Meinung von Doel. Wir sind zwar keine Firma oder ein Hotel, aber wir sind Parteien und wir verkaufen in gewisser Weise auch etwas. Ob Klimapolitik oder sonst etwas. Wir haben das ganze Spektrum. Wenn wir diesen Änderungsantrag anschauen, dann ist das wie eine Art Abrissbirne, welche eine Mauer zusammenschlägt. Auch ich habe Verständnis für das Anliegen und auch ich habe gestaunt, wie an jedem Kandelaber Plakate hängen. Teilweise vier verschiedene. Da habe ich schon Verständnis für die Menschen, denen das auf den Geist geht. Die Plakate hängen acht Wochen, das ist eine lange Zeit. Jetzt kommt das grosse Aber, man kann auch zurückhaltend sein. Die SVP vom Bezirk hat nur Listenplakate gemacht. Man sah kaum Köpfe der SVP an den Kandelabern. Ich habe auch nicht acht Wochen vor den Abstimmungen Plakate aufgehängt, sondern erst sechs. Die Unterlagen zu den Abstimmungen wurden nämlich noch nicht verschickt also mussten die Plakate auch noch nicht alle hängen.

Der Kosten-Nutzen Vergleich wurde schon zweimal genannt. Es gibt fast nichts Besseres über eine längere Zeit präsent zu sein als mit einem solchen Plakat. Ich glaube keine der Parteien hier drin würde es vermögen über so lange Zeit präsent zu sein, wenn man kein Plakat aufstellen dürfte. Wenn man den Antrag genau liest, verstehe ich dann auch nicht, weshalb ich auf dem Hypi-Platz kein Plakat aufstellen darf aber am Bahnhof schon. Ich denke der Stadtrat hat anderes zu tun als unsere Gesuche für Plakatierung zu bewilligen. Marcel, ich bleibe konsequent wegen der Bürokratie. Die anderen sechs der Fraktion wollen keine solche Reglementierung. Es gehört zu unserem schweizerischen System mit der Demokratie, dass in den Wochen vor den Abstimmungen Plakate aufgestellt werden und diese nachher wieder wegkommen. Also bitte, lehnt diesen Antrag ab. Merci.

Manuel Silva (SVP): Geschätzte Anwesende, mir war schon bewusst, als ich das eingereicht habe, dass ich in die Höhle des Löwen gehe und hier alleinstehende. Das ist mir auch egal, es ist nicht nur mein Interesse und ich stellte den Antrag nicht im Namen der SVP. Ich habe den Antrag als parteilosen gestellt und nicht im Sinne oder Interesse der SVP. Ja Thomas, es gibt beide Interessen die politischen und die nicht politischen. Aber wenn man sich umhört, die Mehrheit der Lenzburgerinnen und Lenzburger nerven sich über diese Plakate. Ich hätte den Antrag nicht gestellt, wenn der Stadtrat etwas dagegen unternommen hätte oder dies reguliert hätte. Ich finde es schade, dass der Stadtrat da nichts unternimmt und nur im Interesse der Parteien handelt. Man muss auch mal im Interesse derer handeln, die nicht parteipolitisch unterwegs sind.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 33 Nein zu 2 Ja Stimmen abgelehnt.

Rudolf Baumann (SVP): Herr Präsident, werte Ratsmitglieder und Gäste, auch die SVP-Fraktion hat sich mit dem Reglement auseinandergesetzt. Grundsätzlich finden wir das gut. Wir haben aber auch einige Punkte gefunden, welche wir nicht nachvollziehen können. Wir hätten es begrüsst, wenn in der Vorlage erwähnt worden wäre, wie die Kosten für eine Bewilligung zusammengestellt werden, was ein Jahresplatz oder eine Einzelbewilligung kosten würde. Ebenso würde uns interessieren, wie viele solche Bewilligungen ausgestellt werden. Leider gibt es darüber keine Angaben. Wir finden es gut, dass die Fläche von 1,5 Meter vor dem Geschäft frei verfügbar ist. Wir hoffen, dass mit der

Inkraftsetzung des Reglements die Gesuchstellungen einfach werden und wir vielleicht einmal eine Liste über angenommene oder abgelehnte Gesuche zu sehen bekommen. Ebenso wäre es interessant zu wissen, wie hoch die Gebühren für die Gesuche sind. Die SVP-Fraktion ist mehrheitlich für die Vorlage. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann kommen wir zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Das Reglement über die Benützung des öffentlichen Grundes wird mit 35 Ja zu 1 Nein Stimme angenommen.

6 (24/128) Postulat; SP, Grüne, Die Mitte, EVP und GLP; «Ein Kronenplatz für alle»; Bericht und Antrag des Stadtrats

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, geschätzter Stadtrat. Danke für die Beantwortung unseres Postulats «Ein Kronenplatz für alle» eingereicht von der SP, den Grünen, der Mitte-EVP und der GLP. Die Beantwortung ist erfreulich, verständlich und enttäuschend.

Die Analyse des Stadtrats ist nachvollziehbar und zusammen mit den Massnahmen zur Umsetzung schon ziemlich erfreulich. Der Stadtrat kann sich eine Umgestaltung des Kronenplatzes vorstellen, möchte das aber nicht punktuell, sondern im Rahmen des Gesamtprojekts von Fassade zu Fassade machen. Das ist so weit nachvollziehbar und macht wohl auch Sinn. Auch wenn wir das so nicht gefordert haben und das vielleicht schlussendlich eben gerade eine Umsetzung verhindert. Auf jeden Fall ist die Analyse nachvollziehbar. Die Massnahmen klingen erfreulich. Es tut sich etwas, oder es scheint zumindest so. Auf Nachfrage ist die Formulierung «Mit den Placemaking Days Lenzburg im Juni 2024 hat der Stadtrat eine erste Massnahme zur Umsetzung des Postulats eingeleitet», nicht ganz korrekt. Die Days hätten sowieso stattgefunden, aber positiv, dass da eben auch der Kronenplatz ein Thema gewesen war. Auch das erste Ideen entstanden sind, das weitere Vorgehen mit Workshops angedacht worden ist, die Workshops schon ziemlich klar umrissen worden sind, und auch der Begriff des Betriebs und Gestaltungskonzepts BGK erwähnt worden ist, ist so weit ebenfalls erfreulich. Ebenso der Punkt Finanzen. Bei der Erarbeitung des Budgets 2025 sind CHF 50'000 eingestellt worden für eine gemeinsame Erarbeitung eines solchen BGK's für den Freischarenplatz, Gertrud-Villiger-Platz, Stadtgässli und natürlich den Kronenplatz. Aufgrund des sehr angespannten Budgets wurden diese CHF 50'000 dann aber gestrichen, soweit verständlich. Dass dann aber lapidar mit «sollte sich die Budget- und Finanzsituation in Zukunft entspannen, können zum gegebenen Zeitpunkt die Beträge für die Erarbeitung der BGK oder für Workshops wieder ins Budget aufgenommen werden» das Ganze einfach erledigt wird, ist eben wirklich enttäuschend. Sorry, das Anerkennen der Notwendigkeit, erste Ideen für das Vorgehen, die Vorbereitungen wie man es hätte angehen können alles auf knapp zwei Seiten geschildert und dann am Schluss das Ganze mit einem Satz abschliessen, lieber Stadtrat das wäre wirklich besser gegangen. Zumindest das Versprechen, das Anliegen nach ein paar Jahren wieder aktiv anzugehen oder den Betrag in die Aufgaben und Finanzplanung aufzunehmen hätte unserem Anliegen irgendwie das Überleben gesichert. So ist es eigentlich allen klar, das Postulat ist abgeschlossen, das Anliegen erledigt und irgendwo in eine Schublade verfrachtet. Dort wird es wohl kaum wieder auftauchen, ausser wir werden wieder aktiv. Aus erwähnten Gründen bitte ich euch, dem Antrag des Stadtrats nicht zu entsprechen und den Bericht nicht gut zu heissen.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, werter Gast und Presse. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Wir sehen es sehr positiv, dass der Stadtrat und die Abteilung Hochbau den Input aus dem Postulat aufgenommen hat und auch bereits erste Workshops dazu abgehalten hat. Dass aber die Stadt den Kontext öffnet und andere Plätze in die Planung einschliesst, dann das Projekt mangels Finanzen wieder abschießt, das kennen wir bereits. Auch beim Markus-Roth-Platz und dem nördlichen Bahnhofquartier war es nicht anders. Langsam habe ich das Gefühl, das hat in dieser Stadt Konzept. Ich stelle die Bereitschaft fest, zur massiven Überplanung aber nicht zum Handeln im Kleinen. Mit dem Argument zuerst noch viele weitere Tests und andere Planungen zu machen bevor auch nur ein Blumenstreifen gepflanzt werden kann, vernichten wir lieber alles, als uns auch nur ein bisschen zu bewegen. Ich empfehle dem Stadtrat im Bereich der Stadtplanung von diesem Modell abzuweichen. Umliegende Plätze grob im Kontext anzuschauen, ist sicher nicht falsch. Aber die müssen nicht ins Detail fertig geplant sein, um den Kronenplatz zu realisieren. Es darf für weitere Plätze auch Handlungsbedarf zurückbleiben, wenn diese erst in ein paar Jahren gemacht werden. Dann ist die Welt eine andere und Investitionen, welche wir in die Planung gesteckt haben, wären umsonst gewesen. Dadurch gewinnen wir auch wieder den Fokus auf das Anliegen aus dem Postulat und können wieder ins Handeln kommen. Ich bin zuversichtlich, dass auch trotz Budgetknappheit kleine Sachen umgesetzt werden können, welche der Entsiegelung des Platzes dienen. Dies funktioniert, auch wenn der grosse Niveausausgleich erst in ein paar Jahren erfolgen wird. Das ist für mich kein Widerspruch, sondern einfaches Handeln. Zu diesem Light Place making Switzerland, ich glaube es ist sinnvoll die Bevölkerung zu integrieren und keine reinen Behördenprojekte zu machen. So wird die Verantwortung, der Bezug zum Platz und die Belebung gefördert. Ich bin sicher, wir finden genügend Personen in Lenzburg die anpacken wollen. Ob das jetzt in einem Blumenbeet oder bei etwas grösserem ist. In diesem Sinn lege ich euch ans Herz, dieses Postulat zurückzuweisen und dem Stadtrat nochmals die Möglichkeit zu geben mit einem angepassten Projektvorgehen erste Massnahmen für eine Klimaanpassung am Kronenplatz umzusetzen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, liebe Mitglieder von beiden Räten, sehr verehrte Gäste, sehr verehrte Mitglieder der Verwaltung. Ich kann mich den Vorrednern nur anschliessen. Auch wir von der Mitte EVP Fraktion werden den Bericht ablehnen. Es hat so gut gestartet, ich war selbst Teil der Place making Days und es war genial. Wir sind durch die Stadt gegangen und haben die verschiedenen Plätze angeschaut. Der Metzplatz beispielsweise wurde schon als Marktplatz gebaut. Der Freischarenplatz auf dem man Auffahren kann und der Hypiplatz mit den Bushaltestellen. Der Gertrud-Villiger-Platz und der Kronenplatz haben noch Potential. Wir haben auch überlegt, wie bringen wir die Frequenz des Schlosses in die Stadt, mit einer Seilbahn oder einer Standseilbahn oder einem Shuttlebus. Es war großartig. Ich habe vor allem das grosse Potential von Lenzburg wahrgenommen. Wir haben viele Plätze mit Immobilien, welche teilweise der Stadt gehören. Ich glaube es fehlt nur an einer Vision und an Zielen wie wir das nutzen wollen. Ich glaube aber das muss vom Stadtrat herkommen. Wir können alle die finanziell angespannte Situation verstehen. Manchmal braucht es aber gar nicht viel Geld, um etwas ins Rollen zu bringen oder an einer Vision festzuhalten. Es könnten beispielsweise Pilotprojekte gestartet werden, um die Plätze temporär umzugestalten. Oder man könnte den Platz einem Verein für eine gewisse Zeit zur Verfügung stellen. Man könnte auch externe Finanzierungen suchen. Es gibt Stiftungen, Vereine oder Organisationen, welche dies unterstützen, wenn es beispielsweise um eine Begrünung oder um städtebauliche Massnahmen geht. Es gibt so viele Möglichkeiten, aber man muss den Schritt gehen. Im Bericht steht das leider nicht. Man macht nichts und lässt es einfach sein. Das ist sehr schade und wird dem

Potential von Lenzburg und den Menschen, die die Stadt mitprägen nicht gerecht. Deshalb, bitte noch einmal eine Runde.

Stadtmann Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren aus dem Einwohnerrat, es erstaunt mich nicht, dass diese Antwort nicht so gut ankommt. Die Place making Days haben in Lenzburg stattgefunden aufgrund einer Anfrage, welche lanciert wurde von den Veranstaltern. Wir haben zugesagt, weil wir ein gewisses Potential auch für die Stadt gesehen haben. Für den Stadtrat ist die gegebene Antwort eine ehrliche Antwort, und zwar aus folgendem Grund. Der Kronenplatz ist ein zentraler und komplexer Platz. Es wurde viel von Partizipation und von Einbezug der Bevölkerung gesprochen. Man muss die Gastronomen und Geschäfte miteinbeziehen. Wir wissen von anderen, auch kleineren Vorhaben, wie schnell sich Widerstand bildet gegen die Aufhebung von Parkfeldern zugunsten eines Güterumschlagplatzes. Das darf man nicht ausser Acht lassen, wenn man salopp gesagt sagt, man kann ein bisschen etwas tun und erste Schritte machen. Der Stadtrat war ehrlich, denn wir sehen das Potential der Plätze. Das ist unbestritten. Wir sind mit den Plätzen nicht nur glücklich auch von Seiten Abteilung Stadtplanung und Hochbau. Wir haben eine angespannte finanzielle Situation, das wurde auch mehrfach gesagt und wir haben aber auch eine angespannte persönliche Situation. Die Abteilung Stadtplanung und Hochbau ist mit all den laufenden Projekten wie Bahnhof, Artoz-Areal usw. sehr gefordert. Dasselbe gilt für die Abteilung Tiefbau. Wenn man hier noch weitere Projekte auflädt, ist die Gefahr gross, dass diese halbherzig gemacht werden und das möchten wir ja dann auch nicht unbedingt. Ich sehe schon, dass man mit kleinen Massnahmen für kurze Zeit etwas bewirken kann. Ich finde aber, dass der Platz, der den Kronenplatz einnimmt als Einfallstor von Nordosten in die Stadt, mehr Überlegungen verdient hat als nur ein bisschen Teer aufreissen und etwas machen. Es wurde gesagt, es verschwindet in der Schublade. Das Projekt wird bei der Abteilung Stadtplanung und Hochbau nicht in der Schublade verschwinden. Es bleibt auf dem Schreibtisch, vielleicht nicht als oberste Priorität, aber es verschwindet nicht einfach. Denn nochmal, wir sehen das Potential der Plätze. Deshalb bitte ich, dem Bericht so zuzustimmen. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Bericht des Stadtrats wird mit 20 Nein zu 16 Ja Stimmen abgelehnt.

7 Masterplan Schulraumplanung Lenzburg: Information durch den Stadtrat über den aktuellen Stand

Stadtmann Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren, bevor es losgeht mit der Schulraumplanung habe ich noch eine Information für euch. Es ging vorhin sehr schnell mit der Genehmigung der Reglemente. Vielen Dank im Namen des Stadtrats an den Einwohnerrat für diese Genehmigung. Diese Reglemente stehen alle im Zusammenhang mit der revidierten Bau- und Nutzungsordnung. Gerne gebe ich bekannt, wo wir hier stehen. Die revidierte BNO liegt noch immer in Aarau. Wir haben vom Departement den Entscheid erhalten, dass dies nun zu Händen des Regierungsrats vorbereitet wird. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat in den nächsten Wochen einmal über diese Bau- und Nutzungsordnung entscheiden wird. Das heisst die Entscheide zu den zwei noch hängigen Beschwerden wurden offenbar so vorbereitet, dass man die BNO verabschieden kann. Sobald diese vom Regierungsrat verabschiedet wurde, erhalten wir einen Bescheid und es beginnt eine 30-tägige Frist für die Beschwerdeführenden oder auch die Stadt, in

der der Entscheid an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden könnte. Ich gehe davon aus, dass sollten die Beschwerden weitergezogen werden, der Regierungsrat die BNO mit Ausnahme der zwei kleinen Teile über welche Beschwerden laufen, genehmigen würde.

Wir haben jetzt Ende Jahr, ich denke Ende Januar, Anfang Februar wird ein realistischer Zeithorizont sein, in dem die Bau- und Nutzungsordnung in Rechtskraft erwachsen kann. In diesem Fall würden auch die heute genehmigten Reglemente zu diesem Zeitpunkt in Rechtskraft erwachsen. Dies noch zu eurer Information.

Stadtmann Daniel Mosimann, Vizeammann Andreas Schmid und Stadträtin Barbara Portmann stellen den Masterplan Schulraumplanung Lenzburg vor.

Die Präsentation mit allen Details ist im Sitzungstool zur Einsicht aufgeschaltet.

Michael Häusermann (SVP): Danke vielmals für die Information. Es ist wahnsinnig, welcher Raumbedarf hier auf uns zukommt. Ich bin aber erstaunt, dass man Gedanken hat auf grüner Wiese etwas Neues zu erstellen. Wir haben im Lenzhardgebiet direkt über die Strasse das Zeughausareal. Gibt es auch Gedanken, dieses Areal nicht für die Kantonsschule zu nutzen, sondern «Lenzburg first» das Areal für Schulgebäude von Lenzburg zu nutzen? Auch die Vereine haben Bedarf. Muss diese Kantonsschule zwingend nach Lenzburg kommen oder gäbe es nicht auch die Möglichkeit zuerst zu schauen, wo wir für Lenzburg Bedarf haben.

Manuel Silva (SVP): Erstmal vielen Dank für die Ausführungen. Es hat zwei Dinge, welche mich stören. Zum einen das Thema HPS. Diese wurde von einer Lenzburgerin gegründet und mir kam es in der Präsentation von Andi und Dani so vor, als möchte man diese HPS nicht mehr in Lenzburg haben. Das fände ich sehr schade. Dann das zweite, ist die Vision Schützenmatte. Sollte dort ein Schulhaus kommen, sagen wir dann Adieu Jugendfest und Freischarenmanöver?

Adrian Höhn (GLP): Auch von meiner Seite vielen Dank für die ausführliche Darstellung der Situation, welche wir in nächster Zeit erleben werden. Ich habe das Thema ursprünglich bei der Standortwahl der Kanti schon mal gebracht. Weshalb ist die Kanti da wo sie jetzt geplant ist und nicht da wo der heutige Werkhof steht? Das würde für den Kanton nämlich auch eine Synergie ergeben, mit dem Hünerwadelhaus und der Kanti und wir hätten eine Synergie mit dem Lenzhardschulhaus und dem Zeughausareal. Dann hätten wir auch nicht das Thema soziale Teilung der Bezirks-, Sekundar- oder Realschule. Das sind für mich Überlegungen, welche man vielleicht mit dem Kanton nochmals besprechen könnte.

Corin Ballhaus (SVP): Ich bin begeistert, dass man die Schulraumplanung endlich mal im Großen und Ganzen anschaut. Ich glaube wir alle haben genug von der Salami taktik in der Schulraumplanung. Also herzlichen Dank dafür, dass man es in der ganzen Grösse und Dimension sieht. Was mich überrascht, dass man einen Standort Aabach Nord in Betracht zieht. Wenn man nämlich den Finanzplan 2025 – 2029 genau liest konnte man sehen, dass geplant ist dieses Areal zu verkaufen. Aber wer weiss, vielleicht verkaufen wir es ja an den Kanton.

Christoph Nyfelner (FDP): Geschätzte Damen und Herren, vor ein paar Jahren haben wir in diesem Raum den Wunsch geäußert, dass Lenzburg eine flächendeckende Tagesschule hat. Diesem Wunsch wurde nicht ganz entsprochen. Ich gehe klar davon aus, dass in diesem Masterplan eine Tagesschule über alle Stufen klar berücksichtigt und umgesetzt wird.

Francis Kuhlen (FDP): Auch von mir, vielen Dank für die detaillierten Ausführungen. Ich habe zwei Punkte. Als Wüst und Partner die Zahlen präsentiert hat, habe ich die Frage gestellt, wie sicher diese Zahlen sind. Nun meine Frage, wurden diese Zahlen nun plausibilisiert? Sind sie verlässlich? Der zweite Punkt ist schwieriger, aber ich denke lösbar. Wir haben nun eine Menge Informationen erhalten. Ich für meinen Teil brauche Zeit, dies zu verarbeiten und die wichtigsten Fragen stellen zu können. Deshalb mein Vorschlag, könnten diese Folien zur Verfügung gestellt werden damit die Parteien ihre Fragen konsolidiert dem Stadtrat stellen können? Danke.

Stadtkammann Daniel Mosimann: Es war nicht meine Erwartung, hier schon eine fundierte Diskussion zu führen. Es ging mir darum, dass brennende Fragen gestellt werden können. Die Präsentation wird im CMI aufgeschaltet und euch zur Verfügung gestellt. Ich gehe kurz auf ein paar Punkte ein. Die Diskussionen mit dem Kanton über eine Kantonsschule Lenzburg finden schon seit 2016 oder 2017 statt und seit 2024 wissen wir, dass im Werkhofareal eine Möglichkeit besteht. Hier haben wir also eine Lücke. Wir mussten mit dem Kanton bereits einen Baurechtsvertrag abschliessen, nachdem die Ortsbürgergemeinde zugestimmt hat, dass man dem Kanton das Land zur Verfügung stellt. Dort sind wir also vertraglich gebunden. Doel zu deiner Frage, ich entschuldige mich, wenn es überkam, als ob man die HPS in Lenzburg nicht mehr will. Wir haben aber festgestellt, dass das Gebäude in dem die HPS aktuell ist, nicht mehr HPS tauglich gemacht werden kann. Da muss man also zu einer anderen Lösung finden. Lenzburg ist noch immer eine Option, welche wir mittragen, aber vielleicht ist es sinnvoller in Verbindung mit der Primarschule und nicht mit der Oberstufe.

Noch zur Frage von Francis, nein eine Plausibilisierung der Zahlen hat nicht stattgefunden.

Stadträtin Barbara Portmann: ich möchte noch zwei kleine Ergänzungen machen. Zum Thema HPS: Der Kanton wünscht eine Neuausrichtung und Vergrösserung. Wir haben heute 56 Plätze. Er wünscht eine Vergrösserung auf 70 bis 80 Plätze für Kinder mit mehrfach Beeinträchtigungen. Das heisst, wir müssen sowieso etwas machen und es ist auch nicht etwas Kleines. Es ist ein zusätzliches komplexes Projekt. Wir haben eine Regionalschule und wir schauen auch regional, aber mit dem Fokus auf Lenzburg, für die HPS. Diese liegt uns allen am Herzen und es ist wichtig, eine gute Lösung zu haben für die schwächsten Schülerinnen und Schüler.

Dann noch zum Thema Tagesschule. Bei den gemachten Raumberechnungen haben wir den Raumbedarf der Tagesstrukturen grosszügig mitgerechnet. Wir sind davon ausgegangen in diesen Planungen, dass rund 80 % der Kinder die Tagesstrukturen besuchen werden. Wir wollten nicht, dass es schlussendlich dann wieder eng wird.

Vizekammann Andreas Schmid: Zur Plausibilisierung der Zahlen. Ich habe vorhin versucht zu erklären, dass wir nicht wissen, wann das Wachstum der Schülerzahlen eintritt. Aber ich glaube die Wahrscheinlichkeit, dass wir das Wachstum haben werden, ist sehr gross. Die Frage ist zu welchem Zeitpunkt. Ich glaube, da spricht der Faktor dieser modularen Bauweise dafür, jetzt ein mittelfristiges Problem zu lösen. Wenn wir in ein paar Jahren merken es braucht weitere Module kann vielleicht so überbrückt werden, bevor wir einen neuen Schulstandort eröffnen müssen. Aber ich glaube Städteplanerisch müssen wir jetzt die Frage beantworten, müssen irgendwo Flächen freigehalten werden für einen weiteren Schulstandort. Dieser Entscheid ist sehr wichtig meines Erachtens. Ich denke es wird ein Herantasten werden und irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem wir einen Projektkredit für einen dritten Schulstandort holen werden und das Verfahren aufgleisen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich denke, das Thema ist für heute Abend relativ erschöpft. Es wird uns noch länger begleiten. Ich hoffe aber auch, das ist zwar nicht unsere Aufgabe, dass man die notwendigen Lehrpersonen rekrutieren und ausbilden kann, um diese Klassen betreiben zu können. Dann sind wir jetzt beim Traktandum Umfrage.

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Gäste und Medienschaffende. Es ist Jahresende und da blickt man gerne ein wenig zurück. Das mache ich auch, sogar noch ein bisschen weiter. Aber keine Angst, ich fasse mich kurz. Ich greife etwas auf, das heute Abend schon mal thematisiert wurde. Hat es System, Dinge anzugehen und dann in einer Schublade verschwinden zu lassen. Im Antrag für den Verpflichtungskredit Widmiweg und Widmipark vom Juni 2013 wurde unter Punkt IV. Finanzierung, darauf hingewiesen, dass «später noch weitere Massnahmen im Bereich der Widmi, insbesondere im Strassenbau bspw. am Unteren Haldenweg und an der Brunnmattstrasse anfallen». «Später» scheint ein sehr dehnbarer Begriff zu sein. Denn seither wurden die Sanierung und der Ausbau der Brunnmattstrasse West im Finanzplan immer weiter nach hinten geschoben. Im Finanzplan 2025-29 sind sie nun für 2025/26 vorgesehen. Im selben Finanzplan ist erstmals der Kredit für die Sanierung Unterer Haldenweg Süd, Sanierung & Gehweg eingestellt, allerdings erst für 2029. Inzwischen wurden in verschiedenen Quartieren Strassenabschnitte saniert, die in einem besseren Zustand waren, als dies derzeit die Brunnmattstrasse West und der Untere Haldenweg sind. Mit Medienmitteilung vom 4. Juni 2021, informierte die Abteilung Stadtplanung und Hochbau darüber, dass im Rahmen einer Teiländerung des Gestaltungsplans Widmi, die Baufelder 4a Süd und 4b zu einem neuen Baufeld 4b zusammengelegt werden. Die Teiländerung hätte sich in der ersten Stufe der Testplanung mit vier Planungsbüros zum Baufeld 4 ergeben. Im Jahresbericht 2021 ist im Unterkapitel «Weitere Planungen» des Kapitels 9.1 Stadtplanung und Hochbau nachzulesen, dass die Teiländerung im November 2021 vom Kanton genehmigt wurde. Ebenso ist dort festgehalten, dass die vier Planungsbüros in einer zweiten Stufe des Verfahrens in Konkurrenz Projekte für die einzelnen Baufelder ausarbeiten. Die finale Jurierung durch die vom Stadtrat eingesetzte Begleitkommission hätte danach im Frühling 2022 stattfinden sollen. Kommuniziert hat die Stadt dazu aber seither nicht mehr. Meine Fragen

- Was ist der Stand der Testplanung für das Baufeld 4 Widmi?
- Inwieweit macht die Stadt die Realisierung der Sanierung Brunnmattstrasse West und Unterer Haldenweg Süd von der Realisierung des Bauprojekts abhängig?
- Rechnet der Stadtrat, Stand heute, mit weiteren Verzögerungen der beiden Strassensanierungen, die erstmals 2013 angekündigt wurden?

Stadtkammann Daniel Mosimann: Ich werde die Frage direkt beantworten, denn verdankenswerterweise ist diese im Voraus schriftlich bei uns eingegangen. Es ist richtig, wie Corin vorhin erwähnt hat die Testplanung war 2020 in der Widmi. Gestützt auf das Ergebnis der Testplanung hat man Änderungen am Gestaltungsplan vorgenommen. Dieser ist dann in Rechtskraft erwachsen und dort drin ist festgehalten, dass es eine Wettbewerbspflicht für diese Baufelder gibt. Es gab aufgrund des Gestaltungsplans einen Wettbewerb. Die Kommunikation des Ergebnisses obliegt dem privaten Auftraggeber, das heisst dem Grundeigentümer. Wir haben die Sanierung Unterer Haldenweg von der Realisierung im Bau Feld 4 abhängig gemacht. Sobald der Zeitpunkt der Realisierung bekannt wird, prüfen wir, ob die Sanierung gemäss Finanzplan 2029 so gemacht werden kann. Falls es eine

Verzögerung gibt bei diesem Baufeld prüfen wir, ob die Sanierung mit dem Ausbau des Gehwegs vorgezogen wird. Zur Sanierung der Brunnmattstrasse West. Diese hängt mit dem Gestaltungsplan Widmi zusammen. Man musste sich mit privaten Anstössern an die Brunnmattstrasse, finden. Dies hat ein wenig gedauert aber der Findungsprozess ist jetzt vorbei und die Sanierung kann ins Auge gefasst werden. Die Kreditvorlage für diese Sanierung ist für die Einwohnerratssitzung vom 24. April geplant. Ich gehe davon aus, dass man den Unteren Haldenweg 2029 realisieren kann.

Wenn ich schon dran bin, in der letzten Sitzung gab es eine mündliche Anfrage, ob Bäume mit Früchten nicht markiert werden können, um die Früchte der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Wir nehmen die Idee sehr gerne auf. Wir werden das im Frühling ins Auge fassen und die Bäume markieren und die Bevölkerung medial darauf aufmerksam machen, dass die Früchte zum Pflücken da sind.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen Kollegen von beiden Räten, werte Gäste. Ich komme zurück auf eine Motion für das Familienzentrum. Wir haben im Protokoll der Budgetsitzung festgehalten, dass wir bis Mitte November Resultate zur lancierten Studie erhalten würden. Ob nun ein Übergangskredit gesprochen werden muss oder ob man schon weiss, wie man da weiterverfahren will. Es ist jetzt Ende November und ich glaube langsam müssten sie wissen, wie sie sich finanzieren wollen mit dem Leistungsauftrag, welchen wir ihnen gegeben haben. Ich bin froh um eine kurze Stellungnahme.

Stadträtin Beatrice Taubert: Danke für die Anfrage, ich hätte so oder so informiert über den Stand des Familienzentrums. Ich denke ihr seid alle informiert darüber, dass das Familienzentrum finanzielle Probleme hat. Sie haben einen Antrag an den Stadtrat gestellt um Erhöhung der finanziellen Mittel. Wir arbeiten mit Hochdruck an diesem Thema. Es gibt verschiedene Varianten wie wir das Problem lösen können und wie sich die Stadt weiterhin daran beteiligen kann. Für die Stadt sind die Angebote des Familienzentrums im Bereich der frühen Kindheit sehr wichtig und deshalb wollen wir eine gemeinsame Lösung finden. Wir haben eine externe Studie in Auftrag gegeben, welche bis am 2. Dezember vorliegen sollte, und aufgrund dieser Studie werden wir im Stadtrat Mitte Dezember entscheiden, wie wir weiter verfahren sollen. Wir sind im Dialog mit dem Familienzentrum und wenn wir eine definitive Lösung haben, können wir schauen, wie die Zwischenlösung funktionieren soll.

Stadträtin Barbara Portmann: Ich informiere ganz kurz über den Anlass «Politik trifft Schule» welcher vor rund zwei Wochen stattgefunden hat. Wir haben sehr viele positive Rückmeldungen erhalten. Es waren aber leider nicht viele Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Der nächste Anlass ist im März geplant. Es würde uns freuen, wenn ein paar mehr Leute dabei sein würden. Das Hauptthema, welches wir dann in den Fokus nehmen werden, ist das Thema Schulsozialarbeit und die Zusammenarbeit oder die Einbettung der Regionalschule. Beim ersten Anlass hatten wir noch kein spezielles Thema. Wir haben vor den Anlass so weiterzuführen und zu Beginn einer Legislatur eine Auslegeordnung zu machen und dann damit dreimal ein fokussierter Austausch stattfinden kann. Themen dafür sind herzlich Willkommen. Wenn euch etwas unter den Nägeln brennt, dürft ihr euch gerne bei mir melden.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich schliesse die Sitzung mit vielen guten Weihnachtswünschen, habt eine gute Zeit und dann einen guten Start im neuen Jahr. Wir haben im Einwohnerrat jetzt ein bisschen Pause. Die nächste Sitzung ist am 6. März 2025. Ich wünsche euch allen eine gute Zeit bis dahin und für alle die Ski fahren gehen hoffentlich keine Unfälle.

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Der Präsident:


Die Protokollführerin:
